

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 68 (1989)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Der Armee-Parteitag der SPS im Spiegel der Schweizer Presse : Probe bestanden oder nicht bestanden?  
**Autor:** Hagmann, Ruedi / Inglin, Lisa / Lehmann, Jürg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340754>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Probe bestanden oder nicht bestanden?

## Vaterland

### **Zerreissprobe bestanden**

Die sozialdemokratischen Parteitage haben es in sich und sind, häufiger als es dem Parteivorstand lieb sein kann, auch für Überraschungen gut. So deutete zwar vor dem Parteitag zur Armeeabschaffungs-Initiative vom Samstag in Bern alles darauf hin, dass der Parteivorstand mit seinem Antrag auf Stimmfreigabe durchdringen werde, aber in Sicherheit wiegen konnte sich niemand. Es war deshalb verständlich, dass dem Parteipräsidenten Helmut Hubacher sicht- und beinahe hörbar ein Stein vom Herzen fiel, als die Sache zu seinen Gunsten entschieden war. Aber hätte er sich nicht derart vehement und mit geschickten Argumenten für die Stimmfreigabe eingesetzt, wer weiss...

Der Taktiker Hubacher, das müssen im nachhinein auch seine Gegner zugestehen, hat wieder einmal ein feines Gespür für die Stimmung in seiner Partei bewiesen. Mit einem Antrag auf Ablehnung des Volksbegehrens hätte der Parteivorstand mit grösster Wahrscheinlichkeit Schiffbruch erlitten. Die Utopie einer armeelosen Schweiz ist im Jahre 1989 über den traditionell starken pazifistischen Flügel hinaus für viele Sozialdemokraten mehr als nur eine Gedankenspielerei. Der Blick auf die weltpolitische Entwicklung, so kurzsichtig dieser auch sein mag, hat es möglich gemacht, und diese Stimmung paart sich mit der ebenfalls traditionell zu nennenden Abneigung vieler Sozialdemokraten gegen das EMD und die Armee-Spitze.

Eine Unterstützung des Volksbegehrens war aber angesichts des nach wie vor starken Flügels, der positiv zur Armee steht, ebenso ein Ding der Unmöglichkeit. Die Folgen eines Ja zur Armeeabschaffungs-Initiative waren un schwer auszumalen: Parteiaustritte und eine Neuauflage der Diskussion über die Bundesratsbeteiligung, mit all den Belastungen für diese Partei, aber auch den Unwägbarkeiten für die schweizerische Konkordanzdemokratie. Mit der Stimmfreigabe hat die SPS die erste Probe, dass sie die Herausforderung der Armeeabschaffungs-Initiative ohne innerparteiliche Zerreissprobe zu bestehen vermag, bestanden. Mit dieser Parole kann sowohl der armeeablehnende wie der -bejahende Parteiflügel leben. Der Sprengstoff, der die Frage des Verhältnisses zur Armee für diese Partei birgt, ist allerdings nicht entschärft worden. Der parteiinterne Konflikt wurde nur vertagt. Um die Antwort, wie es die SPS mit der militärischen Landesverteidigung und der bewaffneten Neutralität nun hält, wird sie sich nicht immer herumdrücken können.

*Ruedi Hagmann*

## Neue Zürcher Zeitung

### **Sozialdemokraten im doppelten Widerspruch**

Aus einer Mischung von Oppositionslust und innerer Überzeugung – darüber kann kein Zweifel bestehen – hat sich eine Zweidrittelmehrheit der Teilnehmer am ausserordentlichen Parteitag der Sozialdemokraten in der Eventualabstimmung gegen die militäri-

sche Landesverteidigung ausgesprochen. Das Zurückschrecken vor den letzten Konsequenzen eines solchen Schrittes und der Versuch, der Partei damit die Zerreissprobe zu ersparen, haben jedoch die Wogen des Gefühls gebrochen und zum erwarteten Entscheid für eine Stimmfreigabe zur Armeeabschaffungs-Initiative geführt. Parteipräsident Helmut Hubacher musste alle politisch-taktischen Register ziehen, um im zweiten Abstimmungsgang einen Pendelausschlag zu einem nochmaligen Ja zu verhindern. Er liess in seinen beiden Referaten nichts unversucht, um einen mässigen Einfluss auszuüben. Unter Berufung auf den deutschen sozialdemokratischen Sicherheitsexperten Egon Bahr gab er den Genossen unter anderem zu bedenken, dass sie sich mit einer grundsätzlichen Abkehr von der Armee ins politische Abseits manövrierten, da auch ein Modell gemeinsamer Sicherheit Verteidigungsfähigkeit nicht überflüssig mache.

Als Glaubens- und Gewissensfrage bezeichnete Hubacher zu Beginn des Parteitags das Thema Armeeabschaffung. Und genau in der Art eines Glaubensstreits wurde denn auch munter drauflos debattiert. Was man dabei von den in grosser Zahl angetretenen Armeegegnern zu hören bekam, waren nicht Elemente einer neuen Sicherheitspolitik, sondern hauptsächlich Wunschvorstellungen, gesellschaftspolitische Vorurteile und – Feindbilder. Von Obersten-Spielereien war die Rede, von der Armee als Staat im Staat und einer Dissuasionsstrategie des EMD und des Bürgertums. Von der Armee als Hort des Patriarchats sprachen unter

anderem «betroffene» Frauen, die mit anmassender Selbstgerechtigkeit Bundesrat Stich einer feindseligen Haltung gegenüber Drittweltstaaten bezichtigten. Und immer wieder war die absurde, aber verfängliche Argumentation zu vernehmen, dass die Abschaffung einer Armee, die nichts gegen Kernkraftwerksunfälle und Umweltkatastrophen auszurichten vermöge, schon längst überfällig sei.

In diesem Stimmungsklima hatten die (überraschend wenigen) Delegierten und Politiker, die für eine Ablehnung der Initiative eintraten, einen schweren Stand, dies nicht zuletzt deshalb, weil auch die für Stimmfreigabe votierenden Teilnehmer ihre grundsätzliche Ablehnung einer militärisch abgestützten Sicherheitspolitik und ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Armee nicht verhehlten. Während der Basler Carl Miville mit dem Aufruf, die Armee dürfe nicht allein den Bürgerlichen überlassen werden, im Saal eine gewisse Zustimmung fand, waren die beiden sozialdemokratischen Bundesräte dieses Mal leider wenig überzeugende Anwälte einer modernen Sicherheits- und Wehrpolitik. Besonders Otto Stich, der mit seinen Erinnerungen an die Aktivdienstleistungen seines Vaters in zwei Weltkriegen auf wenig Gehör stiess, musste es sich gefallen lassen, mehrmals unterbrochen und sogar mit Zeichen des Missfallens bedacht zu werden. Demgegenüber schlug Scharfmachern wie dem Genfer Jean Ziegler oder Hans Fässler aus St. Gallen und einer Thuner Jungsozialistin tosender Applaus entgegen. Bei dieser Parteitagzusammensetzung, das war augenfällig, wären auch sicherheitspolitisch schlagkräftigere Argumente nur auf steinigem Boden gefallen.

Auch wenn der Entscheid zur Stimmfreigabe nun mit dem Mantel der «Diskussionskultur» und der «Toleranz» umgeben

wird, ist nicht zu übersehen, dass die SPS offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, in einer Frage, die letztlich die staatliche Unabhängigkeit und Souveränität betrifft, eine eindeutige Position zu beziehen. Es bedurfte zugegebenermassen stets geschickten Taktierens, um das vielfältige Meinungsspektrum der Partei auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Dieser gemeinsame Nenner ist aber bei der militärischen Landesverteidigung parteiintern in keiner Weise mehr gegeben. Die starke Mehrheit des Parteitags hat sich unumwunden für die Abschaffung der Armee ausgesprochen. Das Parteiprogramm bejaht dagegen trotz etlichen Wenn und Aber die Existenzberechtigung der Armee grundsätzlich, genau so wie das ein der Regierungsverantwortung in unserem Staate nahestehender Flügel der Partei tut, der allerdings am Parteitag kaum in Erscheinung trat.

Die Exponenten dieses Flügels stehen nun vor der Frage, ob sie weiterhin zugleich Mitglieder der Partei und in der Verantwortung bleiben können. Die Parteitagsmehrheit, die sich zu einer Grundaufgabe des Staates nicht mehr bekennt, hat sich ihrerseits einem politischen Klärungsprozess zu unterziehen. Die Parteiführung kann sich keinesfalls mit dem Hinweis aus der Verantwortung stehlen, mit der Verabschiedung des Armeereformprogramms bejahe die Partei indirekt die militärische Landesverteidigung.

Und schliesslich werden grosse Teile der schweizerischen Öffentlichkeit die Frage aufwerfen, ob das Staatsverständnis der Mehrheit des SP-Parteitags noch mit der Funktion einer Regierungspartei vereinbar sei. In diesem Punkt sind die Armeegeegner in der SP der schweizerischen Öffentlichkeit eine redliche Antwort schuldig.

Lz.

## Feld des Möglichen wird immer grösser

«Indem wir das Ziel einer Abschaffung der Armee ins Auge fassen, verändern wir bereits heute unsere Wirklichkeit. Wir erweitern die Politik um Optionen, die ihr bisher weniger bekannt waren. Wir vergrössern so das Feld des Möglichen», schreibt Andi Gross im Buch «Denkanstösse zu einer anstössigen Initiative». Das Feld des Möglichen hat sich in den acht Jahren, seit die Initiative zur Abschaffung der Armee 1981 erstmals an die Öffentlichkeit getragen wurde, bis zum SPS-Sonderparteitag vom letzten Samstag bereits gewaltig vergrössert. 641 gegen 259 Stimmen zugunsten einer Ja-Parole in der Eventualabstimmung, für eine «Furzidee», wie Parteipräsident Helmut Hubacher die GSoA in ihren ersten Stunden betitelte, das ist beachtlich.

Es stimmt also nicht, dass die SP eine utopien-lose Partei wäre. Auf kleinem Feuer lässt sie immer einen Notvorrat davon köcheln. Und manchmal – wie am letzten Sonderparteitag – wird das Feuer auch grösser, aber bevor es so richtig warm wird, wirft dann schon jemand einen nassen Sack darüber, darauf konnten sich die Bürgerlichen bisher immer noch verlassen. Dass Helmut Hubacher alles tat, um wenigstens eine Stimmfreigabe zu erwirken – ursprünglich strebten er und der Parteivorstand eine Nein-Parole an –, ist aufgrund seiner Vermittlerposition und seiner Tuchfühlung mit der Macht nur logisch. Enttäuschend wirkt aber, dass ein Teil der SP-Frauen, die sich sonst immer eines ehrlichen, unabhängigen, konsequenten Politisierens rühmen, von einem wahren Harmonisierungstaumel ergriffen wurden. Sie dienten ihrem Parteipräsidenten mit Argumenten zu, an die sie of-



fensichtlich selbst nicht glauben. Am deutlichsten und vertracktesten tat dies Gret Haller (Bern). Erst beteuerte sie, persönlich werde sie ein überzeugtes Ja für die Armeeabschaffung in die Urne legen; es gebe genug Gründe gegen die Armee. Doch was Gret Haller selber für richtig befindet, kann sie den Stimmbürgern/-innen nicht empfehlen. Um das einigermaßen einleuchtend zu verkaufen, musste sie die absolut handliche GSoA-Initiative zum «Gewissensentscheid» hochstilisieren. Gret Haller warnte auch inständig davor, sich wie Schafe in den von den Bürgerlichen gezogenen Zaun, der die guten und schlechten Sozialdemokraten/-innen voneinander trennt, treiben zu lassen. Um eine «Ausgrenzung» zu verhindern, solle die Partei mit ihrer Meinung hinter dem Berg halten und Stimmfreigabe beschliessen. Als ob sich irgend jemand in der Schweiz durch Verstecken und Verheimlichen eines bürgerlich definierten Makels der Ausgrenzung entziehen könnte.

Während die wenigen Nein-Befürworter/-innen mit einer recht ärmlichen Argumentenpalette auftraten, vermochte die Mehrheit der GSoA-Befürworter/-innen immer wieder neue Gründe für eine konsequente Friedenspolitik aufzuführen. Ein Palaver wie vor fünf Jahren, als die SP ebenfalls an einem Sonderparteitag mit hitzigen Reden den Austritt aus dem Bundesrat diskutierte, ihn ablehnte und darauf zur Tagesordnung überging, praktisch ohne je wieder ein Wort darüber zu verlieren? Andi Gross meinte nach der Entscheidung für Stimmfreigabe: «Die Partei hat eine historische Chance verpasst. Die Chance, ihre eigene Identität zu gewinnen und für junge Leute, die wirklich etwas bewegen wollen, und nicht nur für Karrieristen/-innen, attraktiv zu werden. Doch die Diskussionen um die GSoA werden in den Kantonalparteien weitergehen. Da kann

der Parteitag noch lange davon ausgehen, der gefällte Entscheid sei nun für die Kantonalparteien verbindlich.» Einzelne Parteien haben die Diskussion bereits aufgenommen, und die SP Nidwalden, die bisher nicht als Avantgarde aufgetreten ist, hat sich bereits zu einem Ja durchgerungen. Die meisten SPler/-innen, die irgendwo ein Exekutivamt bekleiden, tun sich schwer mit der GSoA-Initiative, das war zu erwarten. Aber auch die Bundesparlamentarier/-innen der SP sind mehrheitlich vom Konsensvirus infiziert. Neben den «Unverbesserlichen» wie Jean Ziegler und Werner Carobbio, den harmonisierenden Frauen wie Lilian Uchtenhagen, Gret Haller, Ursula Mauch setzten noch ein paar gestandene armeetreue National- oder Ständeräte/-innen zu einem Referat an. Wer aber mehr oder weniger laut als zukünftige(r) Bundesrat/Bundesrätin oder als Parteipräsident/-in gehandelt wird – beispielsweise Yvette Jaggi, Peter Bodenmann, Moritz Leuenberger, Elmar Ledergerber oder die Zürcher Stadträtin Ursula Koch –, blieb dem Parteitag oder mindestens dem Rednerpult fern. Wohlweislich miteinander berechnend, was FDP-Präsident Franz Steinegger als Kommentar nach dem Parteitag in der Sonntagszeitung anmerkte: «Wenn die SPS künftig neue Bundesratskandidaten präsentiert, wird deren Haltung zur Armeeabschaffungsinitiative sicher eine Rolle spielen.» Parteipräsident Helmut Hubacher, der alle Hebel in Bewegung setzte, um eine Ja-Parole zu verhindern, erntete für sein «geschicktes Taktieren» von der «NZZ» etliche Bewunderung. Dass aber auch er ins Schwadronieren kam, zeigt ein Kernsatz seines Schlussvotums, der sich bald einmal zum geflügelten Wort entwickelte, der aber jeder Logik entbehrt: «Die Partei ist mir 100mal lieber als die Armee.» Es ist nicht anzunehmen, dass Hubacher damit meinte,

man könne die Armee ruhig abschaffen, so wichtig sei sie nun auch wieder nicht. Vermutlich wollte er sagen, die Partei sei ihm 100mal lieber als die Abschaffung der Armee oder mindestens als die Initiative für eine Abschaffung der Armee. Damit unterschätzt er aber immer noch die Bedeutung, die gerade diese radikale Initiative für die jungen SP-Mitglieder und Sympathisanten/-innen und somit für die Zukunft der SP hat.

Lisa Inglin

### SonntagsZeitung

## **Mit Anstand aus der Affäre gezogen**

Sozialdemokratische Parteitage haben ihre eigenen Gesetze. Das war gestern in Bern nicht anders als bei früherer Gelegenheit. Da wird Stimmung gemacht, Stimmung ausgenützt und das fröhliche Politspiel zelebriert. Dass unter solchen Voraussetzungen mit der Armeedebatte eine Kardinalfrage unserer Existenz in den Strudel einer unkontrollierten Euphorie gerissen werden könnte, wusste die SPS-Führung von Anfang an. Das machte ihre Aufgabe, den richtigen Kurs zu finden, nicht einfacher.

Je länger die Armeedebatte abließ, desto angespannter wurden denn auch die Gesichtszüge von Helmut Hubacher und seiner Entourage, denn was sie sich anhören mussten, war nicht dazu angetan, den Glauben an die vorgespurte Stimmfreigabe zu stärken. Unbekümmert um Tagespolitik und Beteiligung an der politischen Macht schossen da die vornehmlich militanten jüngeren Genossen und Genossinnen ihre giftigen und manchmal vergifteten Pfeile gegen die Armee ab. Die besonnenen Worte einiger erfahrener Mandatsträger vermochten daran nicht das Geringste zu ändern. Dass es so gesehen am Ende doch noch zu dem vom SPS-Vorstand gewünschten Er-

gebnis kam, war jedenfalls nicht selbstverständlich.

Betrachtet man die Dinge auf diese Weise, muss man sagen, die SPS habe eine Auseinandersetzung mit Anstand hinter sich gebracht, die sie anfänglich nicht wollte und am Ende doch annehmen musste. Dass sie mit ihrer Parole bei den bürgerlichen Regierungspartnern keine Lorbeeren holen wird, weiss sie selber am besten. Aber wie hätte sie sich denn sonst aus der Affäre ziehen sollen, da schon bald einmal klar war, dass das Beharren auf einem Ja oder Nein zur Initiative die Partei einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt hätte?

Auch das sollten die Kritiker einmal bedenken, die jetzt die Stirne in Falten legen und den Mahnfinger gegen die Partei erheben. Die SPS jetzt aus dem Bundesrat zwingen zu wollen wäre jedenfalls völlig verfehlt. Eine Parole ist eine Parole, und eine Abstimmung wird an der Urne entschieden. Kein vernünftiger Mensch zweifelt daran, dass im November das Schweizervolk sich deutlich zur Armee bekennen wird. Etwas mehr politische Gelassenheit täte hierzulande manchmal manchen auch gut.

*Jürg Lehmann*

Tages-Anzeiger

## Parteiräson siegte

Die Art und Weise, wie die Sozialdemokraten an ihrem Parteitag in Bern um ihre Stellung zur Armeeabschaffungs-Initiative rangen, ist bemerkenswert, gerade angesichts des brisanten Themas: Es wurde mit einer Offenheit gestritten und mit einer Fairness gekämpft, die man sich gesamtschweizerisch für den bevorstehenden Abstimmungsherbst wünschen möchte.

Dabei brauchte man in Bern nicht bis zur ersten Abstimmung zu warten, um die Sympathien der Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten für das Volksbegehren zu erkennen. Acht von zehn Voten plädierten für die Abschaffung der Armee. Stimmung und Herzen schlugen unübersehbar für die Initiative.

Warum wurde zum Schluss gleichwohl die Parole auf Stimmfreigabe gefasst? Den Ausschlag für den Entscheid gab vor allem der erklärte Willen, dem breiten Meinungsspektrum innerhalb der SP über Sinn und Nutzen der militärischen Landesverteidigung Rechnung zu tragen. Insofern ist der Entscheid von Bern vor allem ein taktischer, er entspricht der Parteiräson. Die Delegierten wollten die Partei in dieser delikaten Frage nicht unnötigen Belastungen aussetzen.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist eine andere Frage. Für viele, gerade Jüngere, ist die Stimmfreigabe zwar ein «Entscheid für die Partei», wie es Helmut Hubacher formulierte, aber für eine Partei von gestern. Die fehlende Courage, nicht nur Ja zu denken, sondern auch Ja zu sagen, wird sie im negativen Vorurteil über Politik insgesamt und über die Parteipolitik im besonderen bestärken.

Die meist älteren, etablierten Befürworter der militärischen Landesverteidigung innerhalb der SP müssen hingegen damit fertig werden, dass ihre Partei nicht mehr voll hinter dem im Parteiprogramm von 1982 festgeschriebenen Ja zur Armee steht. Die Diskussion am Parteitag hat die Kluft zwischen der Parteibasis und ihren Vertretern in den Behörden einmal mehr sichtbar gemacht. Mit der Stimmfreigabe ist die Armeedebatte für die SP nicht ausgestanden: ein anderer Entscheid war wohl aber gar nicht möglich.

Die jetzt relativ besonnenen bürgerlichen Stellungnahmen kontrastieren deutlich zur seinerzeit sehr heftigen Reaktion auf den Stimmfreigabe-Antrag des Parteivorstands. Die Frage nach der Regierungsbeteiligung scheint nach dem Parteitagsentscheid

weitgehend vom Tisch. Und trotz der vorgebrachten Kritik kann man offenbar auch auf bürgerlicher Seite mit dem SP-Beschluss einigermassen leben, zumal am 26. November trotz dem Ausseren der SP kein Ja zur Armeeabschaffungs-Initiative zu befürchten ist. Wer ausser Christoph Blocher wollte die SP denn eigentlich aus der Regierung werfen? Im Interesse des Landes wäre dies jedenfalls sicher nicht.

*Peter Baumgartner*

Luzerner Neueste Nachrichten

## In Deckung

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ist in Deckung gegangen: Sie überlässt es dem einzelnen Soldaten oder Bürger (und natürlich auch der einzelnen Bürgerin), wie er (sie) im Herbst bei der Abstimmung über die Abschaffung der Armee entscheiden will. Es sei ohnehin ein privater Entscheid, den die meisten schon gefällt hätten, wurde mitunter argumentiert.

Das Resultat vom Samstag ist klar: Emotionell ist eine klare Mehrheit der Sozialdemokraten gegen die Armee. Der pazifistische Flügel ist wieder erstarkt. Das ist durchaus verständlich angesichts der vorhandenen Zerstörungspotentiale, die auch das zu verteidigende Land und dessen Bevölkerung nicht mehr verschonen. Und es ist verständlich mit Blick auf die derzeitige weltweite Entspannung, die Hoffnung erweckt.

Doch am Ende beschloss der Parteitag mit klarem Mehr die Stimmfreigabe. Das war ein taktischer Entscheid: Zulässig und akzeptabel, aber nicht mehr. «Alle sind für den Frieden in der Welt, wir sind auch für den Frieden in der Partei», hat der SPS-Präsident im letzten Appell zugunsten der Stimmfreigabe erklärt. So ist es.



Alle andern Beteuerungen der Sozialdemokraten, auch Angriffe wider die Einmischungen bürgerlicher Parteien, kann man unter dem Titel ablenkende Rhetorik abbuchen. Die Regierungsbeteiligung der SPS ist gewiss wegen der Stimmfreigabe nicht in Frage zu stellen – aber die Sozialdemokraten sollten jetzt auch auf bürgerliche Rhetorik gelassener reagieren als in der ersten Konfrontation. Und sie könnten beispielsweise die Aktivitäten zur Freude der Aktivdienst-Veteranen auch als das nehmen, als das sie gemeint waren: eine Mischung von Dankesbezeugung und «Klassenzusammenkunft». Die Sozialdemokrat(inn)en, die sich jetzt so engagiert aufregen, sollen sich doch klammheimlich freuen: Die Gedenktage schaden dem Goodwill gegenüber der Armee mehr als alle Auseinandersetzungen um die Initiative «Schweiz ohne Armee»... Die Gedenktage unter dem dümmlichen Stichwort «Diamant» helfen zudem, die SPS-Probleme mit der Anti-Armee-Initiative vergessen zu machen. Im Herbst kann die SPS als Partei getrost in Deckung bleiben und die Engagierten und die Hitzköpfe aus ihren Reihen in beiden Lagern gewähren lassen. Was will sie mehr?

Von Max Frisch ist soeben ein rund hundert Seiten starkes Büchlein erschienen, ein Dialog zwischen dem Grossvater Max Frisch und dessen (fiktiven?) Enkel, der eben den Vorschlag zur Offiziersausbildung erhalten hat. Der Titel: «Schweiz ohne Armee? Ein Palaver.»

Der Parteitag der SPS war alles andere als ein Palaver. Die Diskussionsvoten waren engagiert und geschickt. Ansätze zu Palaver

waren nur am Anfang und am Ende zu registrieren, als es nicht um die Armee ging, sondern um gewöhnliche Parteipolitik. Es ist zu befürchten, dass in den nächsten Wochen und Monaten parteipolitisches Palaver die gescheitete Diskussion um Sinn, Zweck und Möglichkeiten einer Armee wieder verdrängen wird.

*Walter Schnieper*

### Der Bund

## Nein zur Armee

Es gibt kein Wenn und Aber: Die Sozialdemokraten haben an ihrem Parteitag klar nein zur Armee gesagt. Die Stimmfreigabe ist, wenn man die vorangegangene Diskussion in Rechnung stellt – nicht als Konzession an die bewaffnete Landesverteidigung, sondern als Entgegenkommen an jene Parteiminderheit zu werten, die nach wie vor hinter der Armee steht. Nur die Angst vor der Abspaltung des rechten Parteiflügels hat den SP-Parteitag davon abgehalten, der bisherigen Sicherheitspolitik eine deutliche Absage zu erteilen. Denn mit einem anlässlich der letzten Nationalratswahlen unter 20 Prozent abgesunkenen Wähleranteil kann die SP eine Welle von Parteiaustritten ganz einfach nicht mehr leisten.

Eigentlich hätte es ein Parteitag zum Thema «Sicherheits- und Friedenspolitik» sein sollen. Doch sicherheitspolitische Argumente und Zusammenhänge kamen nicht zur Sprache. Die Debatte war geprägt von Emotionen, utopistischen Wunsch- und imaginären Feinbildern, oft auch

von unbelegbaren Behauptungen – um nicht zu sagen von krassen Unwahrheiten. Dass es der SP gar nicht um einen konstruktiven Beitrag zur Sicherheitspolitik ging, belegen die 14 Thesen, die vom Parteivorstand eingebracht und von den Delegierten verabschiedet wurden: Sie enthalten, was den bewaffneten Teil unserer Sicherheits- und Neutralitätspolitik anbetrifft, keinen einzigen positiven Beitrag. Es ist darin ausschliesslich von Abschaffen und Ablehnen die Rede. Gefordert wird hingegen einmal mehr und mit Nachdruck ein Friedensforschungsinstitut. Doch da könnten sich – sollte ein solches tatsächlich realisiert werden – die Genossen noch wundern. Ausgerechnet der prominente westdeutsche Sozialdemokrat und Weggefährte von Willy Brandt, Egon Bahr, Vorsteher eines deutschen Friedensforschungsinstituts, plädiert nämlich für Verteidigungsarmeen, weil er aufgrund seiner Studien zum Schluss kam, dass es ohne Verteidigungsfähigkeit keine Sicherheit und ohne Sicherheit keinen Frieden geben könne.

Es waren Bundesrat Felber und Parteipräsident Hubacher, die ihre Parteigenossen auf solche Zusammenhänge aufmerksam zu machen versuchten. Doch die sozialdemokratische Basis distanzierte sich nicht nur klar vom bisherigen staatspolitischen Grundsatz der bewaffneten Neutralität, sondern ebenso deutlich von ihren Mandatsträgern. Die von den bürgerlichen Regierungsparteien aufgeworfene Frage nach der Verlässlichkeit ihres sozialdemokratischen Regierungspartners ist deshalb keineswegs unbegründet.

*Konrad Stamm*

1.260-2  
Zentralbibliothek  
Zähringerplatz

8001 Zürich  
.....

---